

FEMINISTISCHE AUßENPOLITIK

Potentiale & Realität



FEMINISTISCHE AUßENPOLITIK



Für den Inhalt verantwortlich sind:

Magda Seewald, VIDC - Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation
seewald@vidc.org | www.vidc.org

Claudia Thallmayer, WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische
Perspektiven
office@wide-netzwerk.at | www.wide-netzwerk.at

© 2026

Einleitung



Dieses Paper basiert auf den Ergebnissen der von VIDC und WIDE durchgeführten **Workshopreihe „Feministische Außenpolitik – Potenziale & Realität“**, die zwischen November 2023 und November 2025 stattfand. Zu Beginn der Reihe hatte das Konzept feministischer Außenpolitik einen regelrechten Aufschwung erlebt. Auch wenn die schwedische Regierung – einst Vorreiterin – den Begriff „feministisch“ zu diesem Zeitpunkt bereits wieder aus ihrer offiziellen Politik gestrichen hatte, griffen zahlreiche Staaten die Idee auf. Deutschland formulierte 2023 erstmals Leitlinien für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik. In Österreich war in der Entwicklungszusammenarbeit seit 2018/19 ein Gender Fokus in der (NGO-)Kooperation mit afrikanischen Ländern etabliert worden. Während Politiker*innen zuvor meist gezögert hatten, den Begriff „Feminismus“ zu verwenden, schien er 2023 plötzlich relativ breit etabliert.

Mit der Zuspitzung globaler Krisen – insbesondere dem Aggressionskrieg Russlands in der Ukraine und dem Krieg Israels in Gaza – geriet eine feministische Außenpolitik, die sich explizit als Friedenspolitik versteht, zunehmend unter Druck. Politiker*innen, die sich zuvor zu ihren Grundsätzen bekannt hatten, trafen vermehrt Entscheidungen, die diesen scheinbar oder tatsächlich widersprachen. So nahmen Aufrüstungs- und Kriegsrhetoriken vor allem im Kontext des Ukrainekriegs, deutlich zu, während Verurteilungen des gewaltsamen Vorgehens Israels in Gaza häufig zögerlich und halbherzig ausfielen, was vor allem Feminist*innen aus dem Globalen Süden scharf kritisierten. Feministische Außenpolitik schien sich in schwere Widersprüche zwischen Anspruch und Realität verwickelt zu haben.

Mit der erneuten Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten kehrte schließlich eine Politik zurück, die offen die Logik der Stärke propagiert und damit im diametralen Gegensatz zu feministischen Ansätzen steht: eine Politik, die Empathie delegitimiert, Frauen* aus Entscheidungsprozessen verdrängt und Begriffe wie „Gender“ oder „Feminismus“ diskreditiert. In der Folge wurden entsprechende Begriffe aus programmatischen Dokumenten gestrichen – nicht zuletzt aus Angst vor dem Verlust von Fördermitteln. Auch in Deutschland führte der Regierungswechsel im Jahr 2025 dazu, dass der Begriff „feministisch“ aus der Außen- und Entwicklungspolitik sang- und klanglos entfernt wurde.

Diese Entwicklungen spiegelten sich auch in den Diskussionen der Workshopreihe wider. Zu Beginn herrschte unter den Teilnehmer*innen eine spürbare Aufbruchsstimmung und die Hoffnung, dass feministische außenpolitische Ansätze auch in Österreich stärker in politische Programme einfließen könnten – was teilweise auch gelang. Öffentliche Veranstaltungen stießen auf großes Interesse. Das VIDC veröffentlichte einen **Policy Brief** zu den Grundzügen feministischer Außenpolitik. Im Verlauf der zwei Jahre, parallel zu den globalen politischen Entwicklungen, wurden die Diskussionen zunehmend ernüchterter und pessimistischer.

Trotz dieser Rückschläge sind wir – VIDC und WIDE – überzeugt, dass eine feministische Politik, die sich als Friedenspolitik versteht, nicht bei der Gleichstellung der Geschlechter in einzelnen Bereichen stehen bleibt, sondern auf eine grundlegende Transformation globaler Machtverhältnisse abzielt, eine notwendige Antwort auf eine Politik, die dem Recht des Stärkeren huldigt, darstellt. In diesem Zusammenhang gilt es, internationales Recht zu verteidigen, auf seiner Einhaltung zu bestehen und es auch weiterzuentwickeln.

Feministische Außenpolitik aus postkolonialer Perspektive



DEFINITION: Außenpolitik

Außenpolitik ist das Bündel an „Strategien eines Landes, um seine Beziehungen zu anderen Ländern und internationalen Organisationen zu regeln“ (Nation Museum of American Diplomacy).

Wesentliche Gebiete der Politik, die eine außenpolitische Wirkung haben (können), sind über das definierte Feld der Außen- und Entwicklungspolitik und den diplomatischen Beziehungen zu anderen Staaten hinaus insbesondere die Bereiche Sicherheits-, Wirtschafts-, Migrations- und Klimapolitik.



DEFINITION: Feminismus & Außenpolitik

Feministische außenpolitische Konzepte können sich auf unterschiedliche Ausprägungen von Feminismus beziehen wie liberalen Feminismus, intersektionalen Feminismus oder postkolonialen Feminismus, um einige zu nennen.

Insbesondere der **postkoloniale Feminismus** hinterfragt globale Machtstrukturen und plädiert für eine breite Perspektive, die über traditionelle Gender-Gleichstellungsprogramme hinausgeht. Er regt eine differenzierte Untersuchung der Grenzen zwischen internen und externen Perspektiven an.



ANALYSE

- Es geht darum, Geschlechterverhältnisse als Machtstruktur zu verstehen.
- Feministische Theorie will Transformation und nicht nur Reformen.
- Wichtige Fragestellungen dabei sind:
 - Welche Machtsysteme existieren im jeweiligen Kontext – wer hat die Macht?
 - Wie entsteht Macht, die zu Ausgrenzung/Diskriminierung führt?
 - Was sind die dem System innewohnenden Hindernisse (für die Befreiung)?
 - Wer sind Akteur*innen aus feministischer Perspektive?
 - Welche Instrumente/Strategien stehen zur Verfügung/sind notwendig, um Machtstrukturen in Frage zu stellen?
- Es ist wichtig, feministische Interventionen als Prozess und nicht als ein einzelnes Ereignis mit einem Ergebnis zu betrachten.



FORDERUNGEN

- Die Machtfrage zu stellen, muss im Zentrum einer feministischen Analyse stehen.
- Feminist*innen lehnen Nationalismen ab und unterscheiden Menschen nicht nach ihrer Herkunft.
- Wir müssen uns damit befassen, wie sich unterdrückerische Strukturen innerhalb unserer rechtlichen und normativen Kontexte gegenseitig beeinflussen und welche Auswirkungen dies auf Einzelpersonen und Gemeinschaften mit unterschiedlichen Identitäten hat.
- Dadurch kann eine substanzielle Transformation, die weit über Gender Mainstreaming und Gleichstellung hinausgeht, erreicht werden.

Feministische Außenpolitik aus postkolonialer Perspektive

29. November 2023

mit Toni Haastrup (University of Manchester)

Moderation: Sara Soltani (WIDE)



Feministische Sicherheitspolitik



DEFINITION: Sicherheit

Der feministische Sicherheitsbegriff definiert den Menschen - im Unterschied zur Nation bzw. deren territoriale Integrität - als zentralen Knotenpunkt von Sicherheit („human security“). Frieden ist demnach nicht nur die Abwesenheit von Gewalt, sondern ein stetig andauernder, aktiver Prozess zum Abbau struktureller Ungleichheiten und unterdrückter Machtverhältnisse wie Rassismus, Geschlechterungleichheit und Armut.



ANALYSE

- Es geht darum, Machtstrukturen zu hinterfragen:
 - Patriarchat, Rassismus, Kapitalismus, Nachwirkungen und neue Formen von Kolonialismus
 - Politische, ökonomische, ökologische Auswirkungen von militarisierten Konflikten und Kriegen auf marginalisierte Gruppen
- Sichtbarkeit zu schaffen, Zusammenhänge aufzudecken
 - Kleinwaffen – konfliktbezogene sexuelle Gewalt
 - Transnationale Kooperationen – Landraub – ökologische Krisen
 - Klimakrise – Rüstungsproduktion
- Gewalt und deren Auswirkungen zu benennen – „continuum of violence“
 - Militarisierung der EU-Außengrenzen
 - Vergewaltigung als Kriegswaffe
 - Alltägliche Formen struktureller Gewalt
- Formen der Unsicherheit zu beleuchten
- durch „Feminist Peacebuilding“ langfristige Perspektiven für Frieden zu schaffen.



ECKPUNKTE einer feministischen Sicherheitspolitik

- Aktive Friedenspolitik
- Unterstützung des internationalen (Völker-)Rechts und der Menschenrechte
- Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit (UN-SRR 1325 ff)
- Entwicklungspolitisches Bekenntnis zur Geschlechtergleichstellung in allen Bereichen und durch alle Akteur*innen und entsprechende Finanzierung (OECD-DAC Gender Marker)
- Konzepte feministischer Außenpolitik



FORDERUNGEN

- Menschliche Sicherheit zur Priorität machen
- Schaffung eines Friedensministerium
- Bekenntnis zu einer feministischen Sicherheits-, Friedens- und Neutralitätspolitik (in Österreich)
- Globaler Index über den Abbau von Sicherheit, Indikatoren sollten entwickelt werden.
- Staatliche Monitoring-Stelle für Desinformation/Fake News. Überwachung und Überprüfung von Algorithmen auf frauen*feindliche Tendenzen bei der Zulassung.
- Schutz und Stärkung von Aktivist*innen
- Juristische Kapazitäten in Österreich stärken, um Kriegsverbrechen aufarbeiten und verfolgen zu können
- Mehr Zeit und Raum für Frieden in sämtlichen Medien
- Intersektionale feministische Gender- und Friedenserziehung an Schulen.
- Aufbrechen männlicher Strukturen, gleichberechtigte Teilhabe von Frauen* in Sicherheitsgremien und -strukturen

Feministische Sicherheitspolitik – Hindernisse & Möglichkeiten

24. April 2024

mit Stephanie Fenkart (International Institute for Peace) und
Madita Standke-Erdmann (King's College London)

Moderation: Mara Elena Zöller (WIDE)



Feministische Perspektiven auf Asyl und Migration



HINTERGRUND: Fluchtursachen

Neben allgemeinen Fluchtgründen wie Lebensgefahr, Krieg, Terror und Verfolgung gibt es zahlreiche Fluchtursachen, die im Besonderen Frauen* betreffen, wie geschlechtsspezifische, sexualisierte Gewalt sowie Angst vor Ehrenmord, Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung. Auch während der Flucht gibt es genderspezifische Betroffenheiten, wie das Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt, besondere gesundheitliche und hygienische Bedürfnisse, sowie Zuständigkeit für Kinder oder andere abhängige Personen.



ECKPUNKTE einer feministischen Asyl- und Integrationspolitik

- Legale, sichere Fluchtwege: humanitäre Visa, Resettlement-Programme, Botschafts asyl, Familienzusammenführung
- Aufklärung und Prävention von Menschenhandel und Zwangsprostitution
- Gendersensibilisierung von Polizei, Asylentscheider*innen, Camp-Personal
- Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung und Gewalt als Fluchtgrund
- Gendersensitive Gestaltung von Flüchtlingslagern
- Kinderbetreuung während Asylinterviews, Deutschkursen etc.
- Umfassende Gewaltschutzkonzepte für Aufnahmezentren, Flüchtlingsunterkünfte, Asylverfahrensstellen
- Weibliches Personal in Ankunftszentren, Lagern, Asylverfahren etc.
- Psychosoziale Unterstützung von Beginn an
- Behandlung und Unterstützung bei FGM
- Gesundheitsförderung



BEISPIELE feministischer Asylpolitik

- Allgemeiner Anspruch auf den Flüchtlingsstatus für Frauen* und Mädchen* aus Afghanistan unter den Taliban. **EU Asylum Agency (2022)**
- Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen* wurde als Form der Verfolgung anerkannt. **EuGH-Urteil (2024)**
- Frauen*, die sich während ihres Aufenthalts in einem Mitgliedstaat mit dem Grundwert der Gleichstellung von Frauen* und Mädchen* identifizieren, können, abhängig von der Situation im Herkunftsland, als Angehörige einer „sozialen Gruppe“ Asyl erhalten. **EuGH-Urteil (2024)**
- **EU-Massenzustromrichtlinie für ukrainische Frauen***



FORDERUNGEN

- intersektionale Perspektive in der Asylpolitik
- Schutz durch Asyl als Gewaltschutz verstehen
- Gender Mainstreaming in allen Ankommens- und Integrationsangeboten
- Aufklärung und Information über Rechte im Asylverfahren und im Aufnahmeland in Erstsprache
- sichere Flucht- und Migrationswege schaffen
- von Integration zur Inklusion – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Feministische Perspektiven auf Asyl & Migration

27. Juni 2024

mit Judith Kohlenberger (Institut für Sozialpolitik der
Wirtschaftsuniversität Wien) und Sangeetha Manavalan (LEFÖ-IBF)
Moderation: Andrea Götzelmann-Rosado (IOM)



Klimagerechtigkeit und feministische Außenpolitik



DEFINITION

Klimagerechtigkeit verbindet den menschengemachten Klimawandel mit Fragen von Verantwortung, Menschenrechten, Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit. Die Klimakrise trifft jene Länder und Bevölkerungsgruppen am schlimmsten, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben: vor allem im Globalen Süden sowie benachteiligte Gruppen. Mit der Forderung nach Klimagerechtigkeit ist eine faire Verteilung der Lasten der Klimakrise zwischen Ländern und Generationen verbunden sowie die Verpflichtung der Hauptverursacher*innen der Krise, Emissionen zu senken und Betroffene bei der Anpassung, Schadensbewältigung und dem Übergang zu einer klimaneutralen Zukunft zu unterstützen.



HINTERGRUND

- Frauen* sind – in Abhängigkeit von ihrer sozialen Situation bzw. ihres Status (etwa als Indigene oder Schwarze Frauen*) – unverhältnismäßig stark von Klimaextremen betroffen
- Aufgrund ihrer ökonomischen Benachteiligung und geringeren Ressourcen haben Frauen* geringere Anpassungsmöglichkeiten oder etwa auch weniger Möglichkeit, zu fliehen.
- Als Folge von Klimaextremen: Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt während/nach Extremsituationen, erhöhte Wahrscheinlichkeit von früher Heirat, Schulabbruch
- Frauen* sind potenziell anfälliger für gesundheitliche Auswirkungen in Fluchtkontexten bei mangelnder Hygiene, während einer Schwangerschaft oder Mutterschaft, etc.
- Klima & Politik: Die Entscheidungsgewalt liegt in der Regel bei weißen Cis-Männern im sogenannten Globalen Norden (also bei Personen, die hauptsächlich für die Klimakrise verantwortlich sind)



FORDERUNGEN

- intersektionale feministische Perspektive
- Expertise marginalisierter Gruppen in Lösungsansätze miteinbeziehen
- intersektionale feministische Forschung, insbesondere im Globalen Süden fördern
- eine feministische, menschenzentrierte und gerechte Politik auf allen Ebenen der politischen Arena
- Die Klimakrise muss als Konflikt- und Sicherheitsrisiko gesehen werden und deshalb müssen Klima und Umwelt, Frieden und Demilitarisierung miteinander gedacht werden.
- Die Klimakrise muss als Fluchtgrund und Ökozide und Klimaunsicherheit müssen völkerrechtlich anerkannt werden.
- Eine intersektionale feministische Klimaaußenpolitik schützt die Menschen und den Planeten.

Klimagerechtigkeit als Fokus feministischer Außenpolitik

21. Oktober 2024

mit Sheena Anderson (früher Netzwerk F) und Shonali Pachauri
(International Institute for Applied Systems Analysis - IIASA)

Moderation: : Jennifer Pitter-López (Licht für die Welt)



Feministische Perspektiven für mehr Gerechtigkeit im globalen Handel



HINTERGRUND

Handel ist ein zentrales Instrument der Außenpolitik. Globale Handelsbeziehungen und Lieferketten prägen außenpolitische Beziehungen und internationale Abhängigkeiten. Sie sind häufig ein Mittel, um kolonial geprägte Machtasymmetrien fortzuschreiben. Handelsabkommen entscheiden maßgeblich, darüber, wie Menschen weltweit ihre Lebensgrundlagen sichern und als ökonomische Akteur*innen in Märkte eingebunden werden. Sie prägen wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Ungleichheiten – sowohl zwischen Staaten als auch innerhalb von Gesellschaften. Rassistische und geschlechtsspezifische Strukturen der internationalen Arbeitsteilung werden dabei meist reproduziert.



EXKURS: Team Europe Initiative aus feministischer Perspektive

- Die „Team Europe Initiative“ ist eine Programmatik der EU weg von der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft hin zu internationalen Partnerschaften mit einem Fokus auf Infrastrukturprojekte und wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Schwerpunkte für den afrikanischen Kontinent sind u.a. digitale Innovation, erneuerbare Energien, Zugang und Kontrolle von Rohstoffen sowie Gesundheitsinfrastruktur
- Gender wird im Rahmen der SDGs aufgegriffen, jedoch fehlen übergreifende feministische Ansätze
- Wer profitiert: Die Zusammenarbeit mit afrikanischen Regierungen sowie Unternehmen steht im Fokus.
- Wer verliert: Keine Priorität hat die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Die Budgettöpfe sind so organisiert, dass der Zugang für Grassroots-Organisationen und informelle Netzwerke erschwert wird. Dies ist besonders fatal für feministische Organisationen, die meist keine wirtschaftlichen Projekte betreiben, sondern sich eher in den Bereichen Gewaltschutz, Recht und (Aus-)Bildung engagieren.



EXKURS: Feministische Kritik am Mercosur-Abkommen

- Neokoloniale Kontinuitäten werden fortgeschrieben, keine Kooperation auf Augenhöhe
- Keine Mechanismen für die Durchsetzung der Anforderungen in Bezug auf Klimaschutz und Menschenrechte
- Wer profitiert: Autoindustrie – Absatzmarkt für fossil angetriebene Autos und Chemieindustrie – in der EU verbotene Pestizide kommen im Mercosur-Raum zum Einsatz, exportorientierte Landwirtschaft – Expansion im Amazonasgebiet
- Wer verliert: die oft von Frauen* getragene kleinbäuerliche Landwirtschaft, Arbeiter*innen, Konsument*innen (Qualität der Produkte), Weltklima, Demokratie



FORDERUNGEN

- Eine feministische Außenpolitik, die die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt stellt, muss die Einhaltung und die Verteidigung der Menschenrechte in der Arbeitswelt und entlang der Lieferketten sicherstellen.
- Zivilgesellschaftliche Vertreter*innen, die sich mit Frauen* - und Menschenrechten beschäftigen, müssen von Anfang an in Verhandlungsprozesse zu Handelsabkommen mit einbezogen werden, sowohl national wie global.
- Der der feministischen Außenpolitik zugrunde liegende weite Sicherheitsbegriff umfasst auch die Ernährungssicherheit. Eine gerechte globale Handels- und Wirtschaftspolitik muss daher auch eine nachhaltige und gerechte Nutzung natürlicher Ressourcen gewährleisten.
- Eine feministische Handelspolitik muss machtkritisch sein und hinterfragen, wie ungerechte Macht(Ressourcen)-Verhältnisse gerechter gemacht werden können.
- Die EU muss ihrer historischen Verantwortung Rechnung tragen und z.B. Technologietransfer als Teil von Handelsabkommen aufnehmen.
- Eine gerechte Handelspolitik baut auf lokalen Wirtschaftskreisläufen auf und berücksichtigt Frauen* als Produzentinnen* und Sorgearbeiterinnen*. Sie bezieht wirtschaftspolitisch marginalisierte Gruppen ein, die maßgeblich Daseinsvorsorge ermöglichen.

Feministische Praxis: Für mehr Gerechtigkeit im Globalen Handel

3. Oktober 2025

mit Miriam Mona Mukalazi (VIDC - Global Dialogue), Theresa Kofler (Plattform Anders Handeln)

Moderation: Mara Elena Zöllner (WIDE)



Feministische und dekoloniale Solidarität in der EZA



HINTERGRUND

Die „Frauen*-Frage“ beschäftigt die internationale Entwicklungszusammenarbeit schon länger. Während in den 1970er und 1980er Jahre das Paradigma „Women in Development“ dominierte und darauf abzielte, Frauen* in bestehende Strukturen einzubinden, ohne diese groß zu hinterfragen, folgte in den 1990er Jahren das „Empowerment-Paradigma“. Dabei sollten Frauen* als wirtschaftliche Akteurinnen* gestärkt und in neoliberale Marktlogiken eingebunden werden. In den 2000er Jahren setzte sich das Konzept des „Gender Mainstreaming“ durch, das Gleichstellung als Aufgabe auf allen Ebenen etablieren sollte. In den 2010er Jahren verschrieben sich einige Staaten einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik, basierend auf den 3 Rs (Rechte, Repräsentanz, Ressourcen).



ANALYSE: Grundlegende Fragestellungen zur Reflexion über feministische dekoloniale Solidarität

- Wie wurden Länder des Globalen Südens in die Position gebracht, „Hilfe“ zu benötigen?
- Welche globalen politischen und ökonomischen Strukturen haben diese Abhängigkeit hervorgebracht?
- Wer erscheint in der EZA als Subjekt, wer als Objekt?
- Wessen Stimmen werden gehört und welche systematisch ausgeschlossen?
- Welches Weltbild liegt internationaler Kooperation zugrunde – „Wie im Westen so auf Erden?“



EXKURS: Gender Marker in der EZA

Geschlechtergleichstellung ist als Querschnittsthema im österreichischen EZA-Gesetz (2003) verankert. Viele Jahre lang war „Gender Mainstreaming“ eine Vorgabe, allerdings weniger mit einem Fokus auf spezifische Gleichstellungsziele oder Themenbereiche wie Gewaltschutz oder sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte. Seit 2018/19, auch parallel zu mehr Anstrengungen auf EU-Ebene, Geschlechtergleichstellung in der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, gibt es einen expliziten Gender Fokus als Vorgabe der Austrian Development Agency (ADA) für die NGO-Zusammenarbeit im Rahmen größerer Projekte und Programme in afrikanischen Partnerländern. Die Daten (auf Basis des OECD-DAC Gender Markers) weisen dementsprechend für das Jahr 2019 den bislang höchsten Stand an spezifischer Förderung von auf Empowerment von Frauen* und Mädchen* bzw. Geschlechtergleichstellung orientierte Projekte und Programme aus (32,73% der ADA-Förderung 2019). Danach war die spezifische Gleichstellungsförderung deutlich niedriger, allerdings wurde in den Jahren 2022 und 2023 das EU-Ziel von 85% Gender Mainstreaming (inkl. spezifischer Gleichstellungsförderung) erreicht bzw. überschritten.

Die Erfahrungen, die österreichische NGOs und einige ihrer afrikanischen Partnerorganisationen mit dem Gender Fokus in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gemacht haben, wurden 2025 von WIDE in einem informellen Setting erhoben und für eine Publikation zusammengefasst.

WIDE (2025): Walking the Talk - Moving towards a gender-equality Focus in Austrian development cooperation. Experiences from Austrian NGOs and partner organisations in the Global South



FORDERUNGEN

- Feministische Solidarität muss sich der kolonialen Geschichte und ihren Auswirkungen bewusst sein und darauf abzielen, bestehende diskriminierende postkoloniale Machtstrukturen in sämtlichen Politikbereichen nachhaltig abzubauen.
- Betroffene, vor allem marginalisierte Gruppen müssen in Planungen feministischer Zusammenarbeit miteinbezogen werden.
- Fragen der Reparationszahlungen müssen ebenso behandelt werden wie jene nach Schuldenerlassen.

Feministische und dekoloniale Solidarität in der Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Kooperation - eine Un/Möglichkeit?

22. November 2025

mit Radwa Khaled Ibrahim (medico internationa/Goethe-Universität Frankfurt) und Janine Wurzer (WIDE)

Moderation: Mara Elena Zöllner (Brot für die Welt/WIDE)

